



Ausgabe Nr. 83 · April / Mai 2010

Sprachbarrieren einreißen

Im Internationalen Ausschuss ist jüngst die an verschiedenen Schulen bestehende – oder zur Diskussion stehende – Vereinbarung, auf dem Schulgelände ausschließlich deutsch zu sprechen, kontrovers zur Sprache gekommen. Dabei handelt es sich um eine alleinige Maßnahme der jeweiligen Schulvertreterkonferenzen, die keiner Empfehlung von Land oder Stadt folgt. „Nichtsdestotrotz ist das Thema auch für die Politik interessant, weil ihm nicht nur eine pädagogische, sondern auch eine integrationspolitische Komponente innewohnt“, konstatiert Stadtrat Fabian Mayer.



Stadtrat
Fabian Mayer

Befeuert wird die öffentliche Debatte nun durch die jüngsten Äußerungen des türkischen Ministerpräsidenten Recep Erdogan, der bemängelt, dass die in Deutschland lebenden türkischen Schüler zu schlecht türkisch sprächen. Er rät ihnen deshalb – vor allem

anderen – zuerst türkisch als Muttersprache zu erlernen. „Aus unserer Sicht steht dieses Ansinnen in krassstem Widerspruch zu den mannigfaltigen Integrationsbemühungen von Bund, Land und Stadt“, sagen die Stadträte Joachim Rudolf, Philipp Hill, Alexander Kotz und Fabian Mayer.

Dies deshalb, weil bekanntermaßen Integration hauptsächlich durch die Überwindung sprachlicher Barrieren erzielt wird. Ersichtlich ist daher die Hauptaufgabe der Integrationspolitik, Anreize zur schnellstmöglichen Beherrschung der deutschen Sprache zu schaffen. Dies gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche. Der türkische Ministerpräsident muss sich deshalb fragen lassen, ob ihm die Integration seiner hier lebenden Landsleute in die deutsche Gesellschaft tatsächlich ein ernsthaftes Anliegen ist. Vor diesem Hintergrund beantragen die vier CDU-Stadträte, das Thema in der nächsten Sitzung des Internationalen Ausschusses zu behandeln.

KURZ INFORMIERT

Im Marienhospital – Arbeitskreis vor Ort

Es war spannend, was der Arbeitskreis Krankenhausausschuss der CDU-Fraktion beim Besuch eines renommierten Krankenhauses wie dem Marienhospital im Stuttgarter Süden über dessen Betrieb und die Ausstattung erfahren durften. Es war ein rundes Programm, das die Sprecherin der CDU-Fraktion im Krankenhausausschuss, Helga Vetter, in Abstimmung mit der Krankenhausverwaltung auf die Beine ge-



Im Foyer im Gespräch: Geschäftsführerin
Monika Röther, Bezirksgruppenvorsitzender
Roland Petri, Stadträtin Helga Vetter

stellt hatte. Die Neugeborenen-Überwachungsstation beispielsweise ist seit Mai letzten Jahres ein neues Angebot des Marienhospitals. Dieses Angebot wird in enger Verzahnung mit dem Olgahospital des Klinikums Stuttgart geführt. Der Pädiater des „Olgäle“ wird bei Be-

darf angefordert. Er entscheidet über die weitere Behandlung des Neugeborenen, zum Beispiel, ob es in die Neugeborenen-Überwachungsstation kommt oder sogar in die Neonatologie ins „Olgäle“. In der Strahlentherapie konnte der AK das neueste PET-CT besichtigen. Die enge Verzahnung dieser Untersuchung mit anschließender Computer gesteuerter Behandlung bei der Bestrahlung ist ein großer Fortschritt in der Strahlentherapie. Für das Marienhospital ist die Palliativstation schon seit Jahren ein Kennzeichen der medizinischen und seelischen Betreuung. Die Weiterentwicklung in der Medizin hat erwiesen, dass der Aufenthalt auf einer Palliativstation auch die Möglichkeit eröffnet, wieder nach Hause zu gehen. Die ganzheitliche Zuwendung zum Patienten gibt nicht nur dem Betroffenen, sondern auch den Angehörigen Kraft, diese Station des Lebens zu gestalten.

Stadträtin Helga Vetter: „Wieder einmal haben wir beim Besuch eines nicht-städtischen Krankenhauses gelernt, dass Erfahrungen aus anderen Blickwinkeln hilfreich für das Klinikum Stuttgart sind. Davon profitiert die gemeinderätliche Arbeit im Krankenhausausschuss“.



Erinnerung an Gestapo-Gefängnis wach halten

Am Ort des früheren Gestapo-Gefängnisses auf dem Platz des ehemaligen Hotels Silber muss für die Zukunft die Erinnerung an die Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten in Stuttgart wach gehalten werden. „Dieser Imperativ ist Grundlage unserer Überlegungen, wie mit diesem sensiblen Thema im Zusammenhang mit den Plänen für die Neugestaltung am Karlsplatz umzugehen ist“, erklärt Stadtrat Jürgen Sauer. Im Rahmen des Wettbewerbs für die Gestaltung der Gedenkstätte im Erdgeschoss und des Gedenkraumes im ehemaligen Gestapokeller müsse eine überzeugende Lösung gefunden werden.



Stadtrat
Jürgen Sauer

Der Forderung der CDU-Fraktion nach einer zentralen Veranstaltung der Stadtverwaltung hat der Oberbürgermeister mittlerweile entsprochen. Im Mittelpunkt dabei soll der Umgang mit dem Ort des früheren Gestapo-Gefängnisses bei den weiteren Planungen für

die Umgestaltung am Karlsplatz stehen. Und es sollen Fragen behandelt werden, zum Beispiel wie sich Stuttgart seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit der historischen Aufarbeitung der nationalsozialistischen Herrschaft beschäftigt hat und welche Darstellungsformen die Stadt sowie Einrichtungen in privater Trägerschaft seither gewählt haben, um die Öffentlichkeit an den Ergebnissen dieser Aufarbeitung teilhaben zu lassen. Außerdem sollen Fachleute die historische Authentizität des heutigen Gebäudes auf dem Platz des früheren Hotels Silber beurteilen und die Frage beantworten, ob heute noch Originale Zeugnis ablegen von der Zeit der NS-Herrschaft in oder an diesem Gebäude. „Diese wichtigen Fragen müssen umfassend beantwortet werden, damit eine rationale Grundlage für die weitere Behandlung dieses sensiblen Themas geschaffen werden kann“, so der kulturpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Jürgen Sauer.

Päpstliche Ehrung für Iris Ripsam

Es ist die fünfthöchste Ehrung, mit der Iris Ripsam für Verdienste um die römisch-katholische Kirche ausgezeichnet worden ist – mit der Würde einer Dame des Ordens vom Heiligen Papst Silvester, feierlich überreicht vom Bischof der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Dr. Gebhard Fürst. Iris



v.l.: Stadträtin Helga Vetter, Bischof Dr. Gebhard Fürst, Stadträtin Iris Ripsam, Altstadträtin Bärbel Häring

Ripsam hat sich auf vielen Feldern, unter anderem im Sozialdienst katholischer Frauen, für andere Menschen engagiert. „Ich freue mich sehr über die päpstliche Auszeichnung – sie bedeutet mir außerordentlich viel“, so die Stadträtin gegenüber ihren Fraktionskollegen.

Meinungsaustausch mit der IHK



V.l.: Walter Kübler, leitender Geschäftsführer IHK-Bezirkskammer Böblingen; Stadträte Joachim Rudolf u. Ursula Pfau, Andreas Richter, IHK-Hauptgeschäftsführer; Stadträte Fred-J. Stradinger u. Helga Vetter; Bernd Engelhardt, stv. IHK-Hauptgeschäftsführer

Vertreter der IHK Region Stuttgart und der CDU-Gemeinderatsfraktion haben sich zum Gedanken- und Meinungsaustausch im IHK Weinberghaus getroffen. In entspannter und konstruktiver Weise wurden verschiedene Themen von gemeinsamem Interesse diskutiert.

Neue Anträge der CDU-Fraktion

- **Spielhallen in Stuttgart**
16.04.10 Nr. 115/2010
- **Sprachbarrieren einreißen statt aufzubauen!**
26.03.10 Nr. 98/2010
- **Veranstaltung und Fragen zu Gedenkstätte am Ort des früheren Gestapo-Gefängnisses**
18.03.10 Nr. 87/2010
- **Abwasserwärmerückgewinnung**
15.03.10 Nr. 82/2010
- **Freiwillige Feuerwehr Stammheim**
12.03.10 Nr. 81/2010
- **Kriterien künftiger städtischer Kulturförderung**
10.03.10 Nr. 70/2010
- **S 21 und Ausgleichsflächen**
08.03.10 Nr. 64/2010